

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Sonntag
BULGARIA
KRONEN

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 2.50 M. (Halbmonatlich 1.25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. B. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 3 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15690. Dresden-Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Osterbahnpostf. 3 / Fernsprecher: 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 16. Februar 1929

Nummer 40

Auf zu den Betriebsrätewahlen!

Formiert die einheitliche revolutionäre Klassenfront in den Betrieben!

Wählt rote Betriebsräte!

Proletarier, Proletarierinnen in Betrieb und Kontor!

Die Betriebsrätewahlen stehen bevor. In diesen Tagen werden die Listen aufgestellt. Auf dem Leipziger Gemeinderatskongress 1922 hat die reformistische Bureaucratie ein Anbelagungsrecht geschaffen, um der Arbeiterklasse die freie Entscheidung über ihre Betriebsvertretungen zu nehmen. Von Jahr zu Jahr haben die reaktionären Bureaucratien neue Methoden erfunden, um die Wahl revolutionärer Arbeiter zu Betriebsräten zu hintertreiben. Jetzt werden die revolutionären Arbeiter erneut mit dem Ausschluss aus den Verbänden bedroht, wenn sie sich dem Diktat der reformistischen Bureaucratie nicht fügen.

Was ist das Ziel der reformistischen Politik bei den Betriebsrätewahlen?

Durch sie soll verhindert werden, daß die Arbeiter in den Betriebsräten wieder ein revolutionäres Organ zur Interessenvertretung und zur Führung der Arbeiterkämpfe erhalten, wie das vor der gesetzlichen Verantwortung war. Jetzt, wo der Reformismus durch sein selbes Bündnis mit der Bourgeoisie in der Koalitionsregierung, durch seine wachsende Verschmelzung mit dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Wirtschaft weit rechts von Frieden in den Betrieben braucht, um seine Politik fortsetzen zu können; jetzt, wo er durch die steigende Rebellion der Arbeitermassen gegen diese Politik bedroht wird, eröffnet er eine neue Ausdehnungskampagne gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Wie ist die Lage?

Diese Klassenverräterische Politik der Reformisten hilft den Unternehmern, politisch und ökonomisch ihre Positionen gegen die Arbeiterklasse zu verteidigen. Im Bündnis mit den Reformisten führen sie auf allen Fronten ihre Offensive gegen den wachsenden Widerstand der Arbeiter durch.

Durch die Rationalisierung wurde die Ausbeutung der Arbeiter ins grenzenlose gesteigert. Ohne einen Pfennig mehr Lohn müssen die Arbeiter jetzt 30 bis 40 Prozent mehr leisten als früher. Mit vierzig Jahren gilt der Arbeitsmann als betriebsuntauglich. Immer mehr Frauen und jugendliche Schichten zu Erbsolddarben in den Betrieben. Krankheiten mühen unter den Arbeitern. Erhöhte Unfallgefahr bedroht sie. In den letzten zwei Jahren der Hochkonjunktur sanken die Reallohne für die Mehrzahl der Arbeiter weiter. Jetzt leiten die Unternehmer die zweite Rationalisierungswelle ein. Noch schlimmer soll es in Betrieb und Kontor werden. Mehr als dreieinhalb Millionen Arbeiter liegen hungrig auf der Straße. Schon sind Hunderttausende zur Kurzarbeit verurteilt.

Immer frecher werden aber die Angriffe der Unternehmer.

Hunderttausende und Hunderttausende von Arbeitern werden ausgeperrt, um sie dem Willen der Unternehmer gefügig zu machen. Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau und neue Mehrarbeit sollen die Arbeiter schinden. Dort, wo sich der Arbeiter zur Wehr setzt, wird das Schlichtungssystem, die Streikabwägungsmaschine des Sozialdemokraten Willst, in Funktion gesetzt. Und wenn diese Methode des Arbeiterbetruges nicht ausreicht, dann organisiert die reformistische Bureaucratie die Streiksabotage und den Streikbruch. München-Gladbach, Hamburg, die Kämpfe der Hütten- und Textilarbeiter legen dafür Zeugnis ab. Jeder reformistische Verrat ist eine neue Ermunterung der Unternehmer zu einem neuen Angriff auf die Arbeiter.

Die Unternehmer wollen die Arbeiter niederwerfen, um für ihre imperialistische Politik freie Bahn zu haben.

Die Koalition der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie ist das Werkzeug der Unternehmer zur Durchführung ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges.

Die Verwirklichung von Groeners und Seedts Rüstungsprogramm, die Bewilligung von Konventionen, der erhöhten Forderung für Reichswehr und Polizei, das Bezahlen der Pfaffen nach dem Abbruch des Konkordats,

das neue Strafrecht, das Schlichtungssystem, Willst's Entwurf zum Arbeiterschutzgesetz, die Abtrübnung am Sozialetat, der Beitrag an den Arbeitslosen mit der Krisenfürsorge, das sozialdemokratische Reformprogramm, das sind Schläge, die die Bourgeoisie durch die SPD-Koalition den Arbeitern verleiht.

Die Massen der Werktätigen sollen auch noch die Kosten dieser reaktionären Maßnahmen bezahlen. Hilferding, der sozialdemokratische Finanzminister, schafft

450 Millionen Mark neue Massensteuern

zur Dedung der Kriegsschulden der Bourgeoisie gegen die Arbeiter.

Gegen diesen sozialimperialistischen Kurs des Dreibundes von Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformisten kämpfen die Massen in immer breiterer Front unter Führung der Kommunistischen Partei. Immer größere Teile der sozialdemokratischen Arbeiterklasse rebellieren bereits gegen die Koalitionspolitik ihrer Führer.

In den nächsten Monaten werden neue Wirtschaftskämpfe größten Ausmaßes entbrennen. In diesen Kämpfen muß das Proletariat unter selbstgewählten Kampfleitungen eine einheitliche geschlossene Front schaffen gegen Unternehmervöllerei und reformistische Verrat. Die Wahl revolutionärer Betriebsräte wird und muß die Kampffront verstärken. Darum müssen die Betriebsrätewahlen nicht nach den Befehlen der reformistischen Bureaucratien, sondern nach den Kampfnotwendigkeiten der Arbeiterklasse durchgeführt werden. Die Parole der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen muß sein:

Keinen Betriebsrat, der sich als Werkzeug der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Reformisten gebrauchen läßt.

Nur solche Kandidaten dürfen aufgestellt und gewählt werden, die sich entschlossen einsetzen

für die Herstellung der einheitlichen Klassenfront in jedem Betrieb;

für rückhaltlosen Kampf um höheren Lohn, achtstündigen Maximalarbeitstag, für den Siebenhunderttag;

für Brot und Arbeit für die Erwerbslosen, für ihre Einreichung in den Produktionsprozeß durch weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeiter;

für ausreichenden Schutz der Frauen und Jugendlichen; für gleichen Lohn für gleiche Leistung;

DWB-Urich als Imperialist und Gewerkschaftsspalter

Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag legte eine Fraktionierung der sozialdemokratischen Metallarbeiter von Berlin, der bekannte glühende Wind wehte der roten Fahne ein ausführliches Protokoll dieser Verammlung auf den Redaktionsstisch. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Fragen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen in Deutschland und die Ausschließung und Spaltungsoffenheit der Ortsverwaltung des DWB, Urich führte aus: „Es ist ein neuer kommunistischer Antrag eingegangen, der sich mit der Kriegsvorbereitung und der Stellung des Verbandes zur Kriegsvorbereitung befaßt. Dieser Antrag verlangt Zusammenstellung von Material über Kriegsvorbereitungen in Metallbetrieben und Veröffentlichung dieses Materials in der Arbeiterpresse. Dieser Antrag ist völlig unannehmbar. Die politische Auswertung der Information kommt überhaupt nicht in Frage, weil wir dadurch die Kollegen auslösen würden und dann noch aus einem ganz anderen Grunde. (17) Was den bekannten Antrag der Ortsverwaltung über den Ausschluß der Kommunisten betrifft, so ist jetzt die Situation so: Eine Operation muß gemacht werden, und wenn sich herausstellt, daß dieser Schnitt tief gehen muß, so muß er eben tief gemacht werden.“

In der Diskussion kam die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese Methoden zum Ausdruck. Aber die Ortsverwaltung würdigte eine weitere Diskussion nicht ab.

für den Kampf gegen das Schlichtungssystem und für die Streikfreiheit;

für die Niederringung des Unternehmerterrors und des Betriebsfaktismus;

für die Arbeiterdemokratie in Betrieb und Gewerkschaft, gegen die Diktatur der reformistischen Bureaucratie in den Verbänden;

für die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Gewerkschaftler;

für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit, gegen die Spalter!

Jeder, der für die Durchführung dieser elementaren Forderungen eintritt, ist unser Bundesgenosse. Die reformistische Bureaucratie will und kann nicht dafür kämpfen. Darum ist sie der Feind jedes ehrlichen Klassenkämpfers und muß als Feind behandelt werden.

Deshalb stärkt die revolutionäre Opposition in den Betrieben und Verbänden! Organisiert die Unorganisierten!

Die reformistische Bureaucratie weiß, daß die Durchführung von Klassenforderungen durch die Arbeiter Niedriglage und Untergang der reformistischen Herrschaft in Betrieb und Gewerkschaft bedeutet. Darum führt sie in den Massenorganisationen, in denen ihre Herrschaft gefährdet ist, die Spaltung durch. Darum droht sie mit neuen Massenausweisungen. Darum will sie die oppositionellen Arbeiter durch Vorlegung von Reserven zur Anerkennung und Durchführung ihrer Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik zwingen. Sie will durch diese Methode die Arbeiter an der Bildung der revolutionären Klassenfront hindern und zugleich die aufrechten Klassenkämpfer aus den Verbänden austreiben. Kein Arbeiter darf sich durch diese Maßnahmen von der Durchführung der proletarischen Klassenlinie abhalten lassen.

Gegen die Vorlegung dieser Reserve muß ein Massenprotest einsetzen!

Ein Massensturm aus den Betrieben und Gewerkschaften muß sich gegen diese Terrormaßnahmen erheben. Die Klassenfront der Arbeiter muß in den Betrieben hergestellt werden mit jenen unorganisierten Arbeitern, die gemeinsam mit den Massenbewegten organisierten Kollegen Schulter an Schulter gekämpft haben. Aber auch mit solchen christlichen und kirchlich-dunderschen Arbeitern, die im Betrieb mit ihren Klassengenossen gemeinsam gegen das Unternehmertum und die von den Kapitalisten ausgeschaltene und gekaufte christliche und kirchlich-dundersche Bureaucratie kämpfen.

Wir können und dürfen auf diese Massen nicht verzichten, wenn wir den Klassenfeind schlagen wollen. Laßt euch darum von den reformistischen Führern nicht einreden, daß eine solche Kampffront mit diesen Arbeitern unmöglich oder sogar schädlich sei. Denkt immer daran, daß die reformistische Bureaucratie mit den Führern der christlichen und kirchlich-dunderschen Gewerkschaften seit 1914 in der gemeinsamen Front des Klassenverrats vereinigt ist!

Denkt daran, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer in einer Koalitionsregierung mit der Partei der schlimmsten Ausbeuter und Kriegshetze sitzen!

Wer mit den Klädner, Thassen, Dutsberg, v. Stinnes, Schacht, wer mit Curtius und Groener in einer Koalition sitzt, der verrät die Arbeiterinteressen, der führt die Politik des Kriegs und der Niederwerfung der Arbeiterklasse durch.

Darum, Arbeiter in den Hütten der Chemiekönige, in der Rüstungsindustrie, in den Hütten und Schächten der Schotbarone, in den Fabriken und Werften, in den Werkstätten und Kontoren:

Schließt die kämpfende Einheitsfront gegen den Klassenfeind und seine Helfer!

Jeder Betrieb eine revolutionäre Burg!
Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale